Debatte um Weihnachtsverbot – Zweifel an Darstellung der Türkei

21. Dezember 2016

Berlin (KNA) In der Debatte um ein mutmaßliches „Weihnachtsverbot“ an der von Deutschland geförderten Schule Istanbul Lisesi hat die Schulleitung „das selbstverständliche Recht auf Religionsfreiheit“ bekräftigt. In einer am Montag von der Türkischen Botschaft veröffentlichten Erklärung heißt es, die Behauptung eines „Weihnachtsverbots“ für die deutschen Lehrer sei unwahr und solle augenscheinlich „ein Täuschungsmanöver“ sein, um zu provozieren. Zuvor hatte das Auswärtige Amt erklärt, dass es sich wohl um ein Missverständnis handele, das bald aus dem Weg geräumt werde. Am Wochenende hatten Berichte über ein „Weihnachtsverbot“ an dem staatlichen türkischen Gymnasium für Aufsehen gesorgt. Vertreter aus Politik und Kirchen forderten umgehend eine Klärung bis hin zur Einbestellung des Botschafters. Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, nannte das Dementi der Schulleitung am Montag bei domradio „nicht sehr überzeugend“. An der Schule arbeiten derzeit 35 aus Deutschland entsandte Lehrer. Der Sprecher des Außenamts, Martin Schäfer, erklärte, es habe bereits Gespräche zwischen den türkischen und deutschen Verantwortlichen gegeben. Er zeigte sich „sehr zuversichtlich“, dass die Missverständnisse aus dem Weg geräumt würden und im Unterricht auch über deutsche Weihnachtsbräuche gesprochen werde. Schäfer erklärte, man sei sehr „überrascht“ gewesen und habe „nicht verstehen können“, dass offenbar von der türkischen Schulleitung die Anweisung erteilt worden sei, im Unterricht nicht über Weihnachtsbräuche zu sprechen. Seiner Erkenntnis nach habe es daraufhin eine entsprechende E-Mail der Leitung der deutschen Abteilung an das deutsche Kollegium gegeben. Hintergrund seien wohl schulinterne Diskussionen gewesen, „in welcher Weise im überwiegend in Deutsch abgehaltenen Unterricht über deutsche Traditionen gesprochen wird“, so Schäfer. Dabei sei es jedoch nicht um ein „Verbot“ von Weihnachtsfeierlichkeiten gegangen. Der Vorsitzende des Stephanuskreises der Unions-Bundestagsfraktion, Heribert Hirte (CDU) sagte dem Internetportal katholisch.de, für ihn sei erwiesen, dass die türkischen Verantwortlichen ein „Weihnachtsverbot“ verhängen wollten. Nur die unerwartet starke öffentliche Debatte in Deutschland habe die Verantwortlichen zur Kehrtwende veranlasst, so der Vorsitzende des Stephanuskreises, der sich um Religionsfreiheit und verfolgte Christen kümmert. Die Türkei habe eingesehen, „dass sie hier eine Grenze überschritten hat“. In der von der Türkischen Botschaft übersetzten Stellungnahme der Lisesi-Schulleitung weist die Schule den Verbotsvorwurf zurück. Zur Klärung des Vorfalls schreibt sie, dass es in den vergangenen Wochen vermehrt Informationen gegeben habe, „wonach deutsche Lehrer im Unterricht, in einer nicht im Lehrplan vorgesehenen Weise, bei der Behandlung von Texten über Weihnachten und das Christentum zu Aussagen übergegangen sind, die von außen betrachtet zu Manipulationen führen könnten“. Daraufhin habe es eine Sitzung mit der Deutsch-Abteilung gegeben, heißt es weiter. Dabei sei darauf hingewiesen worden, das solche Gerüchte über den Unterrichtsablauf der deutsch-türkischen Bildungszusammenarbeit

„schaden“ könnten und man sensibel mit dem Thema umzugehen habe.

(KNA – qlmlt-89-00193)

Stand: 27. November 2026